



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/85 - 12.4.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 210 31-33  
Fernschreiber 089 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zur Auseinandersetzung um die Wehrpflicht	S. 1
Der Fall Moranino	S. 3
Ein Schildbürgerstreich im niedersächsischen Landtag	S. 5
Zu einer Veröffentlichung im "Heimkehrer"	S. 7

## Auch ein Beitrag zur Entspannung

sp. Von berufener sozialdemokratischer Seite und durch einen anerkannten Sachverständigen der FDP sind am Mittwoch klare, in ihrer Begründung weitgehend übereinstimmende Empfehlungen für die Aufstellung eines Freiwilligen-Heeres an Stelle eines stehenden Heeres auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht ausgesprochen worden. Mit der sozialdemokratischen Empfehlung hatte man gerechnet, die durch der Abgeordneter Mende gegebene kam überraschend.

Das Für und Wider in der Frage Wehrpflicht oder Berufsheer ist in letzter Zeit breit erörtert worden. Die Kontroverse enthielt politische und militärische Gesichtspunkte, sie wird auch nun gewiss noch nicht abgeschlossen sein. Aber die parlamentarische Front der Befürworter eines Berufsheeres aus Freiwilligen ist stärker geworden.

Die Entscheidung für diese Form des Wehrdienstes schliesst eine erhebliche Unterschreitung der Höchstgrenze von 500 000 Mann ein, wie sie im Vertrag über die Westeuropäische Union enthalten ist. Es liegt aber, wie in der sozialdemokratischen Begründung unterstrichen wird, weder eine Verpflichtung zur Aufstellung dieser Armee von einer halben Million Mann, noch zur Einführung der Wehrpflicht vor. Artikel 1, 3 des Protokolls II über die Streitkräfte der WEU lautet:

"Die Festlegung dieser Höchststärken verpflichtet keinen der hohen vertragschliessenden Teile, Streitkräfte dieser Stärke aufzustellen oder zu unterhalten, belässt ihnen aber das Recht, dies, wenn erforderlich, zu tun."

Verpflichtungen über die Heeresstärke der Mitgliedstaaten der NATO werden von Jahr zu Jahr durch Beschluss der obersten Gremien der Atlantischen Gemeinschaft festgelegt. Für das laufende Jahr besteht das westdeutsche Soll in der Aufstellung von 95 000 Mann, weitergehende Verpflichtungen gibt es noch nicht. Es ist auch nicht richtig, wenn gesagt wird, es sei aber doch der Sinn der seinerzeitigen Abmachungen gewesen, in jedem Fall die Höchstgrenze zu erreichen. Wenn dies zutrifft, bleibt unklar, warum man dafür keine Form einer festen vertraglichen Bindung gefunden hat. Man ist über die eben zitierte Formel nicht hinausgegangen,

12.4.1956

weil die NATO sich genügend Spielraum lassen will, um ihre Dispositionen den sich ständig verändernden militärtechnischen und politischen Gegebenheiten anzupassen.

Eine solche Veränderung in der allgemeinen Situation liegt jetzt vor. Dem trägt die sozialdemokratische Forderung, sich für ein Berufsheer aus Freiwilligen zu entscheiden, Rechnung. Dazu heisst es in der Empfehlung des Sicherheitsausschusses wörtlich:

"Die neuerlich ernsthaft geführte Abrüstungsdiskussion sollte nicht dadurch gefährdet werden, dass die Aufrüstung der Bundesrepublik über das Maß hinausgetrieben wird, das Deutschland nach dem jetzigen Stand der Diskussion voraussichtlich zugestanden würde."

In den Londoner Abrüstungsverhandlungen ist nun eine solche mögliche Grössenordnung bereits genannt worden: Je anderthalb Millionen für die USA, die Sowjetunion und China, je 650 000 für Grossbritannien und Frankreich und etwa je 200 000 für die übrigen Staaten, also auch für die Bundesrepublik. Das würde bedeuten, dass das von der Regierung vorgesehene Aufrüstungsprogramm, was die Heeresstärke anbelangt, um mehr als die Hälfte verringert werden müsste. Ob die Abrüstungsverhandlungen in absehbarer Zeit zu einem Ergebnis in ungefähren Rahmen der genannten Ziffern führen werden, ist natürlich ungewiss. Geschieht das nicht, so bliebe immer noch Zeit genug, die Situation neu zu überprüfen.

Die Tendenz zur Entspannung im Weltmaßstab ist das beherrschende Kennzeichen der gegenwärtigen Lage. In aller Welt wird es deshalb zunehmend als widersinnig empfunden, wenn in dieser Zeit ausgerechnet von deutscher Seite aus mit unbeirrtem Eifer und grosser Lautstärke der Ruf nach Aufrüstung der Bundesrepublik erhoben wird. Der Widerspruch ist umso augenfälliger, als das militärische Potential Westdeutschlands im Rahmen des Stärkeverhältnisses zwischen Westen und Osten von sehr geringerer Bedeutung ist. Das trifft selbst für den unwahrscheinlichen Fall zu, dass ein künftiger Krieg die Anwendung von Atomwaffen aussparen könnte.

Im übrigen hat auch Ausserminister von Brentano nach seiner Rückkehr aus Ascona den Wunsch nach einer allgemeinen Abrüstung - und dies im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung - recht deutlich geäußert. Der deutsche Beitrag zu einer solchen Entspannung braucht also nicht einmal in einer auf Abrüstung gerichteten Anstrengung zu bestehen, sondern nur in einer vernünftigen Enthaltensamkeit in puncto Aufrüstung.

\* \* \*

- 3 -

Ein kommunistischer Abgeordneter unter Mordanklage

PE - Rom, Anfang April

In Florenz findet gegenwärtig ein Schwurgerichtsprozess statt, der in mehr als einer Beziehung bemerkenswert ist. Der Angeklagte, der Parlamentsabgeordnete Francesco Moranino, hat hinlänglich Zeit gehabt, sich nach Osten abzusetzen und damit dem Zugriff der italienischen Justiz zu entgehen. Das Urteil des Geschworenengerichts, das sich jetzt mit dem Fall Moranino zu beschäftigen hat, wird daher auch im Falle eines Schuldspruches für den geflohenen Angeklagten wenig unangenehme Folgen haben, ausser dass er nicht mehr, wie bisher, allmonatlich seine Bezüge als Volksvertreter wird einkassieren lassen können.

Es ist eine in ihren psychologischen Hintergründen reichlich rätselhafte, schaurige und für eine gewisse kommunistische Mentalität bezeichnende Tragödie, die in diesen Tagen von neuem aufgerollt wird - handelt es sich doch um sechs Menschen, vier Männer und zwei Frauen, die gemäss der Anklage auf Anordnung Moraninos in heimtückischer Weise ermordet worden sind.

Der Tatbestand als solcher scheint durch die Voruntersuchung, die jahrelang mit grösster Gründlichkeit durchgeführt wurde, ziemlich geklärt. Im November 1944, zu einer Zeit also, da sich Oberitalien noch in den Händen der Deutschen befand, befehligte Moranino unter dem Decknamen "Gemisto" eine in den südlichen Ausläufern der Alpen tätige Partisanengruppe. Bei ihr meldete sich eines Tages ein Leutnant der regulären Armee namens Strasserra in Begleitung eines Carabinieri-Unteroffiziers namens Scimone. Die beiden Männer waren im Auftrag der Alliierten hinter der Front tätig gewesen und hatten mittels eines Rundfunkgeräts den Abwurf alliierter Kriegsmaterialie für die Partisanenverbände dirigiert. Sie sahen sich dann aber genötigt, einen Fluchtweg nach der Schweiz zu suchen, da ihnen die deutsche Abwehr hart auf den Fersen war. Sie ersuchten Moranino, ihnen bei dem illegalen Grenzübergang behilflich zu sein, was ihnen dieser sogleich zusagte.

Bis heute ist rätselhaft, warum Moranino den Entschluss fasste, diese beiden Männer ermorden zu lassen, statt sie in die Schweiz zu befördern. Offenbar "passte ihm die Richtung nicht", denn seine Gäste waren nicht Kommunisten, sondern überzeugte Demokraten, und es mag manche scharfe Auseinandersetzung mit ihnen gegeben haben. Jedenfalls schickte

Moranino sie in ein abgelegenes Tal, wo bereits ein paar von ihm dorthin abgeordnete Heckenschützen auf sie warteten und sie befehlsmäßig "umlegten". Mit erschossen wurden bei dieser Gelegenheit zwei von Moraninos eigenen Leuten, die durch ihre Gesinnung den Unwillen "Gemistos" geweckt zu haben scheinen.

Nichtzufrieden mit diesem vierfachen Mord, begangen an Kriegskameraden, die ihm nie etwas zuleide getan hatten, liess Moranino einige Zeit später auch die Frauen zweier seiner Opfer, die sich allzu angelegentlich nach dem Verbleib ihrer Männer erkundigt hatten, durch ein paar seiner Vertrauensleute auf einen Friedhof locken und dort durch Pistolenschüsse töten.

#### Rückendeckung durch die KP

Alle diese Dinge bilden schon seit etlichen Jahren kein Geheimnis mehr. Dennoch hat die Kommunistische Partei Italiens sich nach ihrem Bekanntwerden nicht etwa von Moranino distanziert, diesen vielmehr geradezu demonstrativ als Parlamentskandidaten aufgestellt und auch tatsächlich seine Wahl durchgesetzt. Nach Moraninos Darstellung der ganzen Angelegenheit soll es sich bei den vier Männern, die er damals beseitigt liess, um "faschistische Spione" gehandelt haben, deren Beseitigung nichts weiter gewesen sei als eine legitime Kriegshandlung. Obwohl Moranino nie einen glaubhaften Beweis für diese Behauptung erbracht hat, machte sich die Kommunistische Partei seine Version restlos zu eigen.

Noch während der Debatten im Immunitätsausschuss der Deputiertenkammer widersetzten sich die Kommunisten bis zuletzt wütend der von der Staatsanwaltschaft geforderten Aufhebung der parlamentarischen Immunität Moraninos, die freilich trotzdem mit grosser Mehrheit beschlossen wurde. Da aber bis zu diesem Beschluss keine Verhaftung des Abgeordneten vorgenommen werden konnte, hatte dieser genügend Zeit, aus Italien zu verschwinden, so dass der Prozess vor dem Geschworenengericht in Florenz jetzt in Abwesenheit des Angeklagten durchgeführt werden muss.

Wenn die Informationen der italienischen Presse zutreffen, befindet sich Moranino seit geraumer Zeit in Prag, wo er angeblich - eine kühne Nuance! - einen Lehrstuhl für kommunistische Parteidetik bekleiden soll.

Gescheiterte Erickpolitik

M.S. Die Regierung Hellwege lebt wirklich von Katastrophen, Oder soll man, wie es ein Abgeordneter ihrer Koalitionsparteien im persönlichen Gespräch formulierte, sagen: sie stirbt langsam daran?

Da war die Angelegenheit Schlüter und das heute noch unbesetzte Kulturministerium. Dann kam der verfassungswidrige Vorstoss des katholischer Innenministers Wegemann gegen die dissidentischen Lehrer; die diesbezügliche Grosse Anfrage der SPD wird der gegenwärtig erkrankte Ministerpräsident beantworten müssen. In dieser Woche nun passierte der dritte unmögliche Vorgang; er könnte mehr Gewicht als die beiden anderen haben. Genau gesehen, handelt es sich um einen wirklichen Schildbürgerstreich der DP/CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, aber gepaart mit soviel Unfairness und Illoyalität, dass in der Plenarsitzung im moralischen Sinne die Szene wirklich zum Tribunal wurde.

Der Sachverhalt war kurz folgender: Die Regierung Hellwege brachte ihren Etat ein, der in ruhiger sachlicher Arbeit in den Ausschüssen für die 2. Lesung vorbereitet wurde. Es gab Änderungsanträge, mit dem ehrlichen Versuch, echte Deckungsvorlagen zu finden. In den allerletzten Tagen überflutete unerwartet die DP/CDU-Fraktion den Landtag mit einer Unzahl von Anträgen, die alle echte Anliegen betrafen und deren Gesamtbetrag 15 Millionen DM ausmachte. Der Pferdefuss dieser auf den bevorstehenden Kommunalwahlkampf zugeschnittenen Aktion war die Deckungsvorlage. Aus dem Titel 'Eilungen', der die Abdeckung echter Landesschulden darunter Ausgleichsforderungen vorsah, sollten diese 15 Millionen abgezweigt werden. Da dieser Betrag etwa 10 % der im ganzen überhaupt verfügbaren Dispositionsmittel des Landesetats betraf, war damit in seinem ganzen Aufbau dieser Haushalt in Frage gestellt.

Es gab zwei Möglichkeiten: entweder hatte die Landesregierung in diesem Titel der DP/CDU-Fraktion eine stille Reserve zu wahlpolitischen Zwecken zur Verfügung gestellt. Ein ungeheuerlicher Vorgang, wenn es sich so verhielte! Oder aber die tragende Fraktion der Koalitionspartei: war sowohl ihrer eigenen Landesregierung wie ihren Koalitionspartnern, FDP und BHE, auf die übelste und unfairste Art in den Rücken gefallen.

Der Skandal wurde vollständig, als in einer jäh einberufenen Ältestenratsitzung am Vorabend der Plenarsitzung die DP/CDU verlangte, die ganze zweite Lesung abzublenden, ihre Anträge an den Finanzausschuss -6-

zu überweisen und so das Parlament auszuschalten, um den eigenen Schildbürgerstreich nicht öffentlich werden zu lassen. FDP und BHE machten im Ältestenrat noch mit, um dann in den Abendstunden zu einem neuen Beschluss zu kommen. Sie zwangen mit der Drohung, dagegen zu stimmen, die DP/CDU-Fraktion, ihre Scheinanträge, die ohne Kenntnis des Finanzministers eingebracht waren, zurückzuziehen.

Die Isolierung der DP/CDU war vollständig. Und was für sie schlimmer ist; es war eine Isolierung im Namen des Anstandes und der Fairness gegen unanständige, verlogene Methoden.

\* \* \*

#### Globke und der Prinz zu Loewenstein

Friedrich Stampfer, vor 1933 Chefredakteur des "Vorwärts", heute der Nestor unter den sozialdemokratischen Journalisten, schreibt uns:

"Ihrem Dienst vom 9. April entnehme ich, dass der Staatssekretär Globke dem demokratischen Bundestagsabgeordneten Hubertus Prinz zu Loewenstein den Vorwurf gemacht hat, er habe dem deutschen Ansehen in den Vereinigten Staaten geschadet. Das lässt sich nur so erklären, dass Herr Globke noch immer Menschen und Dinge in demselben Lichte sieht, in dem er sie in seiner Sünden Maienblüte gesehen hat. Damals als Hitler mit Hilfe seiner Globkes den deutschen Namen mit Schande bedeckte, trat Prinz zu Loewenstein in Amerika mit grossem persönlichen Mut für die wahre Ehre des deutschen Volkes ein. Deshalb verfolgten ihn die damaligen Beherrscher Deutschlands mit ihrem Hass und erklärten ihn der deutschen Staatsbürgerschaft für verlustig. Herr Globke hat offenbar noch immer nicht begriffen, wor damals das deutsche Ansehen verteidigt und wer es in den Schmutz getreten hat."

\* \* \*

\*

- 7 -

Unmögliche Gemeinsamkeit

Wir erhielten die folgende Zuschrift:

"Der Heimkehrer", die Zeitung des Verbandes der Heimkehrer, die sich im Untertitel "Stimme der Kriegsgeneration" nennt, hat schon in mancher Frage sozialpolitischer Art lobenswerten Eifer entwickelt. In der letzten Nummer dieser Zeitung jedoch gibt es einige Dinge, die den aufmerksamen Beobachter recht nachdenklich stimmen müssen.

Da wird unter der Überschrift "Tödlicher Keim" daran erinnert, dass es gut wäre, wenn vor Aufstellung der deutschen Truppen alle Kriegsgefangenen nach Hause geschickt würden. Womit man vollkommen einverstanden sein kann. Und dann wird, im Zusammenhang mit den Breda-Häftlingen, wörtlich gesagt: "Ob 'Kriegsgefangene' oder 'Kriegsverbrecher' - es geht um Deutsche, die im Zusammenhang mit den Kriegereignissen abgeurteilt wurden."

Hier möchte ich sehr energisch widersprechen. Es ist allen Einsichtigen in aller Welt einschliesslich Deutschlands klar, dass unter dem Regime Hitler unvorstellbare kriminelle Verbrechen an Millionen von Unschuldigen begangen worden sind. Alle Vernünftigen waren schon zu eine Zeit gegen die Kollektivschuld der Deutschen an diesen Verbrechen, als es weder "Heimkehrer" noch Soldatenbünde gab, womit ich diese beiden hier keinesfalls gleichsetzen will. Sie waren und sind aber der Meinung, dass der allergrösste Teil des deutschen Volkes und der deutschen Soldaten an jenen Verbrechen nicht beteiligt war und nichts Konkretes über sie wusste. Solche Gangster-Urtaten waren vielmehr in der Hauptsache das Werk einer Gruppe echter krimineller Verbrecher. Diese Argumentation gibt die einzige überzeugende Möglichkeit, den Ruf der Masse der deutschen Soldaten sauber zu halten.

Wer aber Soldaten und nachweisbare Verbrecher - wobei wir auch im Fall Breda nicht verallgemeinern - in einen Topf wirft, beschmutzt den Ruf aller. Gerade die anständigen Soldaten sollten sich dagegen energisch wehren. Ausserdem: Die Herrscher im Osten würden zur Rechtfertigung eigener kollektiver Strafmassnahmen mit Vergnügen von solchen Gleichsetzungen Kenntnis nehmen. So leicht aber sollten wir es ihnen nicht machen. Gerechtigkeit erhöht ein Volk und auch den Ruf eines Volkes. Die Sühne für Massenmord an Frauen und Kindern darf davon nicht ausgenommen sein.

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau